



## DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16320

Freitag, 01. Juli 2022

Rauch und Totschnig: Bis 2039 Aus für Vollspaltenbuchten in der Schweinehaltung . . . . .	1
Moosbrugger: Beim Tierwohl sind jetzt die Handelspartner gefordert . . . . .	2
Für Strasser und Voglauer bringt Tierwohl-Paket wesentliche Verbesserungen . . . . .	3
EU und Neuseeland schließen Freihandelsabkommen . . . . .	5
Schnellschätzung: Inflation im Juni 2022 mit rund 8,7% am höchsten seit 1975 . . . . .	6
LK Kärnten ruft nach Unwetter zu Futtermittelspenden für Betroffene auf . . . . .	7
Internationale sinkende Preise lähmen heimischen Kassamarkt für Getreide . . . . .	7
EU-Schweinmarkt: Schwaches Angebot und schwache Nachfrage auf gleichem Niveau . . . . .	8
SalzburgMilch hebt Erzeuger-Milchpreis fünftes Mal in einem Jahr an . . . . .	9
AMA zu Verpflichtungen und Fristen bei ÖPUL-Maßnahme "Alpung und Behirtung" . . . . .	10
Erwin Hameseder einstimmig zum neuen Raiffeisen-Generalanwalt gewählt . . . . .	12
Landesagrarreferenten befassten sich mit Paket zur Versorgungssicherheit . . . . .	13
Wolfsproblematik: Herdenschutz verändert Freizeit- und Tourismuswirtschaft . . . . .	14
LFI NÖ: Bäuerinnen und Bauern setzen auf Weiterbildung . . . . .	15
Windisch betont bei LK Wien-Vollversammlung regionale Lebensmittelversorgung . . . . .	16
Hagelversicherung: Wir müssen uns vom alten Denken verabschieden . . . . .	17
Bauernbund Oberösterreich fordert Abgeltung hoher Produktionsstandards . . . . .	18

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



**Die Niederösterreichische  
Versicherung**

## Rauch und Totschnig: Bis 2039 Aus für Vollspaltenbuchten in der Schweinehaltung

Umfassendes Paket verhandelt - Neue Methode für Betäubung bei Ferkelkastration erlaubt

Wien, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Die Bundesregierung hat sich auf das endgültige Aus von Vollspaltenbuchten in der Schweinehaltung geeinigt, so der für Tierschutz zuständige Minister **Johannes Rauch** und Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig**. Demnach ist nun das Enddatum für die Nutzung von Schweineställen mit unstrukturierten Vollspaltenbuchten fixiert: Bestehende Ställe müssen bis Ende 2039 umgebaut sein. Bei Neu- und Umbauten sind Vollspaltenbuchten ohne Funktionsbereiche bereits ab dem kommenden Jahr verboten. Verbesserungen gibt es auch bei der Kastration von Ferkeln. Die gesetzlichen Grundlagen sollen noch im Juli 2022 im Parlament beschlossen werden.

Rauch: "Jetzt ist es fix: Vollspaltenbuchten haben ein Ende. Das ist ein großer Erfolg für den Tierschutz und läutet eine echte Wende in der Schweinehaltung ein. Unsere Maßnahmen bringen schon in den kommenden Jahren Verbesserungen für Millionen Schweine, gleichzeitig wird den Betrieben die Umstellung erleichtert. Das große Tierschutz-Paket bringt ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung von Rindern, ein Verbot des sinnlosen Tötens von Küken, Einschränkungen bei den Tiertransporten und viele weitere Verbesserungen. Das ist ein wichtiger Schritt zu mehr Tierwohl in Österreich."

Totschnig: "Tierwohl ist uns allen wichtig - genauso wie die verlässliche Versorgung mit heimischen Lebensmitteln. Das Tierwohl-Paket der Bundesregierung wurde daher lange, intensiv und in Abstimmung mit den betroffenen Branchen verhandelt. Damit wird es sowohl den Interessen des Tierschutzes, der Bäuerinnen und Bauern als auch der Verbraucherinnen und Verbraucher gerecht. Gerade in Zeiten der Teuerung müssen Schritte der Weiterentwicklung behutsam gesetzt werden, um heimische Produktionsketten nicht zu gefährden und keinen weiteren Teuerungsschub auszulösen. Auch wenn einzelne Punkte des Pakets durchaus fordernd sind, wird damit den tierhaltenden Bäuerinnen und Bauern Planungssicherheit für die Ausrichtung der Betriebe gegeben. So ist es erstmals gelungen, einen Investitionsschutz für bestehende Systeme im Tierschutzgesetz zu verankern. Mit dem Ausstieg aus dem Vollspaltenboden gehen wir auf die gestiegenen gesellschaftlichen Erwartungen für mehr Tierwohl und Qualität ein, geben unseren Bäuerinnen und Bauern Perspektive und sichern gleichzeitig die Lebensmittelversorgung. Ich appelliere an die Bevölkerung, zu heimischem Fleisch zu greifen. Wer keinen Vollspaltenboden will, entscheidet sich künftig für das Schnitzel vom österreichischen Schwein."

### Verhandlungen führten zu umfassendem Tierwohl-Paket

Aufbauend auf konkrete Vorhaben zu Tierschutz, Tierhaltung und Tiertransporten im Regierungsprogramm 2020 bis 2024 und den parlamentarischen Entschließungsantrag vom Dezember 2021 wurde Anfang Mai ein umfassendes Tierwohl-Paket in Begutachtung geschickt. Es sieht unter anderem ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung von Rindern, ein Verbot des sinnlosen Tötens von Küken sowie Einschränkungen bei den Tiertransporten vor. Unter Einbeziehung der Öffentlichkeit, der bäuerlichen Interessenvertretung, von Branchenvertretern, Vertretern der Zivilgesellschaft und weiteren Stakeholdern wurde nun ein Tierwohl-Paket ausverhandelt, das nächste Woche im Parlament beschlossen wird.

Laut Rauch und Totschnig umfasst dieses Paket eine Weiterentwicklung der Standards für Tierwohl bei der Haltung von Schweinen sowie bei der Ferkelkastration.

### **Gesetzliches Verbot für Vollspaltenbuchten bei der Schweinehaltung**

Das endgültige Aus von Vollspaltenbuchten erfolgt Ende 2039. Bis dahin müssen bestehende Ställe auf eine neue Haltungsform umgebaut werden. Ab 2023 wird es ein gesetzliches Verbot für den Neu- und Umbau von Ställen mit herkömmlichen Vollspaltenbuchten geben. Ab dann gilt bereits konkret: bis zu 20% mehr Platz, verpflichtende Klimatisierung, mehr Beschäftigungsmaterial und sogenannte "strukturierte Buchten" - also eigene Liege-, Aktivitäts- und Kotbereiche mit angepasster Temperaturregelung.

Bis 2026 werden Vorschläge für einen neuen gesetzlichen Mindeststandard in der Schweinehaltung erarbeitet. Dieser wird nach einer fachlichen Begutachtung und politischer Diskussion festgesetzt und ist anschließend für weitere Neu- und Umbauten sowie ab 2040 auch für bestehende Ställe verbindlich. Die Erarbeitung dieses Mindeststandards erfolgt im Rahmen des Forschungsprojekts IBest+, in das Tierschutzorganisationen, Wissenschaftler/-innen und schweinehaltende Betriebe eingebunden werden.

Parallel wird das AMA-Gütesiegel ausgebaut, um möglichst viele Betriebe zu besseren Tierwohlstandards zu bewegen. Über 1 Mio. Schweine sollen so bereits bis 2030 bessere Haltungsbedingungen erhalten. Fleisch von Schweinen, die auf Vollspaltenbuchten gehalten werden, verschwindet aus den Küchen und Kantinen von Behörden, Schulen, Polizeistationen und anderen Bundeseinrichtungen. Stattdessen muss auf Fleisch aus Haltungen mit mindestens 60% mehr Platz und eingestreutem Liegebereich umgestellt werden.

### **Verbesserung bei der Ferkelkastration**

Die Betäubung von Ferkeln vor der Kastration wird für die Betriebe deutlich erleichtert. Eine Novellierung der Tierhaltungsverordnung soll die Verwendung eines Narkosegases ermöglichen. Sie ist nach entsprechender Ausbildung für die Anwendung durch die Tierhalter/-innen geeignet. Das verhindert sinnloses Tierleid, das von zahllosen Organisationen seit Jahren kritisiert wurde. (Schluss)

## **Moosbrugger: Beim Tierwohl sind jetzt die Handelspartner gefordert**

### **Kontrollierbare Entwicklungspfade statt Feigenblatt-Projekte entscheidend**

Wien, 1. Juli 2022 (aiz.info). - "Österreichs Landwirtschaft bekennt sich klar zum Wohl ihrer Tiere und zu einer praktikablen Weiterentwicklung im Rahmen des heute, Freitag, beschlossenen Tierwohl-Pakets. Jetzt sind in entscheidendem Maße die Abnehmer - allen voran der Handel - an der Reihe, sich ihrer großen Verantwortung zu stellen und für mehr Tierwohl in Ställen, Küchen, Regalen und auf den Tellern zu sorgen. Und dafür braucht es deutlich mehr als öffentliche Forderungen und Feigenblatt-Tierwohlprojekte zur Eigenwerbung, die lediglich einen minimalen Teil des Absatzes umfassen. Wer A sagt, muss auch B sagen. Verlässliche, langfristige Partnerschaften mit Erzeugerpreisen, von denen die bäuerlichen Familienbetriebe leben können, sind der

entscheidende Schritt, der nun folgen muss", fordert der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ), **Josef Moosbrugger**. "Tierwohl ist nicht Alleinverantwortung der Landwirtschaft, sondern erfordert ein klares Bekenntnis und die Umsetzung durch die gesamte Wertschöpfungskette und Gesellschaft."

### **Tierwohl und Bauernwohl untrennbar verbunden**

"Gerade im Bereich der Schweinehaltung waren es intensive, harte Verhandlungen zwischen Ministerien, landwirtschaftlichen Verbänden und Interessenvertretung, um Tier- und Bauernwohl bestmöglich unter einen Hut zu bringen. Schlussendlich konnten wir für unsere Betriebe Planbarkeit und Investitionsschutz über einen vernünftigen Zeitraum erreichen und realitätsbefreite Utopien abwehren. Das war wichtig, denn Neu- und Umbauten in der Tierhaltung sind schließlich sehr kostenintensiv und müssen über einen langen Zeitraum verdient werden", betont Moosbrugger und ergänzt: "Weiterentwicklungen in der Schweinehaltung werden von der gesamten Branche auch deswegen mitgetragen, weil unsere Produkte weiterhin auf den immer anspruchsvolleren Märkten verkauft und geschätzt werden müssen. Die wirtschaftliche Realität auf den Betrieben ist zweifelsohne ein schmaler Grat zwischen Gesellschaftswünschen, Preiskampf und somit bäuerlicher Realität. Die Herausforderungen werden die Bauern nicht alleine, sondern nur gemeinsam mit den Konsumenten stemmen können."

### **Rasche Umsetzung der verpflichtenden Herkunftskennzeichnung**

"Der Lebensmitteleinzelhandel ist nun zu allererst gefordert, seinen salbungsvollen medialen Worten konkrete Taten folgen zu lassen. Wir fordern Transparenz über die Tierwohl-Absatzanteile der Konzerne, aber auch kontrollierbare Entwicklungspfade mit Begleitmaßnahmen in Marketing etc. Die anderen Bereiche - von der öffentlichen Beschaffung über die Gastronomie bis zum Konsumenten - müssen nun mitziehen, wenn wir in Österreich für eine nachhaltige Weiterentwicklung beim Tierwohl sorgen wollen", unterstreicht der LKÖ-Präsident, der auch den Gesundheitsminister gefordert sieht: "Damit sich nicht nur die Bäuerinnen und Bauern zu Tierwohl bekennen können, braucht es auch die notwendigen Grundlagen, wie die rasche Umsetzung der verpflichtenden Herkunftskennzeichnung in möglichst vielen Bereichen. Die Österreicherinnen und Österreicher sollen bewusst zu heimischer Qualität greifen können und brauchen dafür Transparenz." (Schluss)

## **Für Strasser und Voglauer bringt Tierwohl-Paket wesentliche Verbesserungen**

Bauernbund und Grüne loben bedeutende Änderungen und Planungssicherheit

Wien, 1. Juli 2022 (aiz.info). - ÖVP-Landwirtschaftssprecher und Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** sowie **Olga Voglauer**, Landwirtschaftssprecherin der Grünen, begrüßen in einer gemeinsamen Aussendung das Tierwohl-Paket: "Vom Vieh über die Bauern bis zu den Konsument(-inn)en ist heute ein guter Tag. Es ist uns im parlamentarischen Prozess gelungen, die Tierhaltung in Österreich weiterzuentwickeln. Jede Bäuerin, jeder Bauer will, dass es den Tieren gut geht. Ebenso wie Tierwohl braucht es auch wirtschaftliche Perspektiven, einen realistischen Zeithorizont und praxistaugliche Rahmenbedingungen für unsere Bauernfamilien", betonen Strasser und Voglauer.

Intensive Verhandlungen hätten wesentliche Änderungen in der Tierhaltung gebracht, "die mit Weitblick und Hausverstand umgesetzt werden können", so Strasser. "Wir sind bereits auf dem richtigen Weg. Österreich ist international Vorreiter beim Tierwohl, wie der erste Platz unter 50 Staaten im Ranking der Tierschutzorganisation 'World Animal Protection' belegt. Wir merken aber auch, dass die gesellschaftlichen Erwartungen in Richtung Tierwohl steigen. Dem entsprechen wir nun. Unser Ziel muss es aber auch sein, die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln sicherzustellen. Die Rechnung ist einfach: Zu hohe Produktionsauflagen bedeuten in Zukunft weniger Betriebe in Österreich. Mit dem Tierwohl-Paket der Bundesregierung wurde ein Programm mit Maß und Ziel geschaffen, von dem Mensch und Tier gleichermaßen profitieren."

"Das Verbot des Vollspaltenbodens in der Schweinehaltung ist ein Durchbruch für den Tierschutz. Nun ist der Weg frei, um ein neues Image für die Branche aufzubauen. Der Streit um die Vollspaltenböden ist beigelegt, jetzt gilt es, in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Nutztierbranche, Wissenschaft und Tierschutz-NGOs eine planbare Perspektive für die Bäuerinnen und Bauern und eine nachhaltige Produktion in Österreich zu schaffen. Weitere Erfolge, wie das Ende der permanenten Anbindehaltung bei Rindern und strengere Vorgaben bei Tiertransporten, sind Meilensteine im Tierschutz", betont Voglauer.

Das Ende des Vollspaltenbodens markiere eine Zeitenwende in der Tierhaltung. Mit einer angemessenen Übergangsfrist werde betroffenen Bäuerinnen und Bauern Planungssicherheit gegeben. Die Kälberzucht werde ausgebaut und das AMA-Gütesiegel hinsichtlich Tierwohl erweitert.

#### **Appell: Erhöhte Standards müssen entsprechend abgegolten werden**

"Wer Tierwohl fordert, muss auch bereit sein, für höhere Produktionsbedingungen zu bezahlen", appelliert Strasser an die Konsument(inn)en. "Das wahre Volksbegehren findet täglich beim Griff ins Regal statt. Erhöhte Standards müssen entsprechend abgegolten werden, um die heimische Landwirtschaft nicht zu schwächen und die Versorgungssicherheit nicht aufs Spiel zu setzen. Klar ist: Tierwohl hat seinen Preis. Deshalb sind alle Akteure entlang der Wertschöpfungskette gefordert, diesen Schritt mitzugehen, damit unsere Bauernfamilien nicht auf den Mehrkosten sitzen bleiben", bekräftigt Strasser.

Voglauer zeigt die Rahmenbedingungen auf, die bereits geschaffen wurden, um gute wirtschaftliche Perspektiven für bäuerliche Betriebe zu schaffen, die auf Tierwohl setzen: "Die Herkunftskennzeichnung für Gemeinschaftsverpflegung und verarbeitete Produkte ist in EU-Konsultation, Minister Rauch hat die Einführung einer Haltungskennzeichnung mit dem Lebensmittelhandel vereinbart, die Tierschutzvorgaben in der öffentlichen Beschaffung sichern Nachfrage. Zusätzlich gibt es erstmals Förderungen für die Haltung von ausschließlich Schweinen mit Ringelschwänzen und für Freilandhaltung."

Das Paket wird kommende Woche im Parlament beschlossen und bringt folgende Weiterentwicklungen: das endgültige Aus für unstrukturierte Vollspaltenbuchten in Schweineställen in Österreich mit Ende 2039; bereits ab 2023 das Verbot von unstrukturierten Vollspaltenbuchten in Neu- und Umbauten; bis zu 20% mehr Platz, verpflichtende Klimatisierung, mehr Beschäftigungsmaterial und strukturierte Buchten mit eigenen Liege-, Aktivitäts- und Kotbereichen mit angepasster Temperaturregelung; in einem Projekt werden die Grundlagen für einen neuen Mindeststandard bis 2026 erarbeitet, der dann ab 2040 gelten soll; die Erweiterung des

AMA-Gütesiegels in Richtung mehr Tierwohl und Ausbau des Moduls "Tierwohl Plus" auf 1 Mio. Premium-Schweine bis 2030; das Ende der permanenten Anbindehaltung für Rinder ab 2030; die genauere Beobachtung von Tiertransporten, Exportverbot von Mast- und Schlachtrindern in Drittstaaten; das Mindestalter für den Transport von Kälbern wird erhöht; ein Verbot des Schredderns männlicher Küken und der Tötung männlicher Küken ohne Verwendungszweck. (Schluss)

## **EU und Neuseeland schließen Freihandelsabkommen**

Ausfuhren sollen angekurbelt und traditionelle Erzeugnisse weiter geschützt werden

Brüssel/Wellington, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Die EU und Neuseeland haben die Verhandlungen über ein Handelsabkommen abgeschlossen. Der bilaterale Handel dürfte dank dieses Abkommens um bis zu 30% wachsen, während sich die jährlichen EU-Ausfuhren um bis zu 4,5 Mrd. Euro erhöhen könnten. Die EU-Investitionen in Neuseeland könnten um bis zu 80% ansteigen. Dieses Abkommen kann Unternehmen in der EU ab dem ersten Jahr der Anwendung einen Zollabbau in Höhe von jährlich etwa 140 Mio. Euro bringen, erklärte die EU-Kommission. Trotz Beteuerungen der EU-Kommission, die Interessen der Landwirte in der Union gewahrt zu haben, üben die EU-Landwirte- und Genossenschaftsverbände wegen der Marktöffnungen scharfe Kritik an dem Abkommen. Die Milch-, Rindfleisch- und Schafsektoren in der EU-Landwirtschaft seien die "Opferlämmer" für das Zustandekommen des Abschlusses.

Die EU-Landwirte sollen unmittelbar ab der Anwendung des Abkommens bessere Möglichkeiten haben, ihre Erzeugnisse in Neuseeland zu verkaufen. Zölle auf wichtige EU-Ausfuhren wie Schweinefleisch, Wein und Schaumwein, Schokolade, Zuckerwaren und Kekse werden laut EU-Kommission ab dem ersten Tag abgeschafft. Zusätzlich schützt das Abkommen die vollständige Liste der Weine und Spirituosen aus der EU (beinahe 2.000 Namen), wie Prosecco, Polska Wódka, Rioja, Champagne und Tokaji. Ferner werden 163 der renommiertesten traditionellen Erzeugnisse aus der EU (geografische Angaben) - darunter Käsesorten wie Asiago, Feta, Comté oder Queso Manchego, Istarski pršut, Lübecker Marzipan, Elia Kalamatas (Oliven) - in Neuseeland geschützt.

Das Abkommen trage den Interessen der EU-Erzeuger von sensiblen landwirtschaftlichen Erzeugnissen - einige Milcherzeugnisse, Rind- und Schaffleisch, Ethanol und Zuckermais - Rechnung, wird betont. In diesen Bereichen wird das Abkommen durch sogenannte Zollkontingente nur begrenzte Mengen von zollfreien Einfuhren oder Einfuhren mit niedrigerem Zollsatz aus Neuseeland erlauben.

Ferner sind im Abkommen Nachhaltigkeitsverpflichtungen enthalten, einschließlich der Einhaltung des Übereinkommens von Paris und der grundlegenden Arbeitnehmerrechte. Diese Verpflichtungen können durch Handelssanktionen als letztes Mittel durchgesetzt werden.

### **Von der Leyen: Demokratien arbeiten zusammen**

"Neuseeland ist für uns ein wichtiger Partner im indopazifischen Raum. Dieses Handelsabkommen bietet unseren Unternehmen, unseren Landwirten und unseren Verbrauchern auf beiden Seiten große Chancen. Es wird dazu beitragen, den Handel zwischen uns um 30% zu steigern. Es beinhaltet beispiellose soziale und klimapolitische Verpflichtungen. Dieses neue Abkommen zwischen der Europäischen Union und Neuseeland kommt zu einem wichtigen geopolitischen Zeitpunkt.

Demokratien - wie unsere - arbeiten zusammen und bringen den Menschen einen Mehrwert", erklärte EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen**.

"Dieses Abkommen wird eine Fülle neuer Ausfuhrmöglichkeiten für Waren und Dienstleistungen für EU-Unternehmen und KMU eröffnen. Es enthält außerdem Nachhaltigkeitsverpflichtungen von noch nie da gewesenen Ehrgeiz in einem Handelsabkommen. Dies zeigt, dass wir unser Versprechen, in Bezug auf Nachhaltigkeit einen größeren Mehrwert aus unseren Handelsabkommen zu erzielen, bereits erfüllen", sagte der für Handel zuständige Kommissions-Vizepräsident **Valdis Dombrovskis**.

### **Kritische Stimmen aus Neuseeland**

In Neuseeland ist das Freihandelsabkommen mit der EU bei Vertretern der exportorientierten Landwirtschaft laut APA auf Kritik gestoßen. Die Milch-, Schaf- und Fleischindustrie bezeichnete die Einigung am Freitag als enttäuschend. Es gebe nur einen sehr beschränkten Zugang zum großen und attraktiven europäischen Markt. Die neuseeländische Regierung verteidigte die Einigung dagegen. Sie sprach von handfesten Zuwächsen in einem restriktiven Markt.

### **Nächste Schritte**

Die EU-Kommission wird das Abkommen dem Rat zur Unterzeichnung und zum Abschluss übermitteln. Nach dessen Annahme können die EU und Neuseeland das Abkommen unterzeichnen. Anschließend wird der Text an das Europäische Parlament zur Zustimmung übermittelt. Sobald Neuseeland das Abkommen ebenso ratifiziert hat, kann es in Kraft treten. (Schluss)

## **Schnellschätzung: Inflation im Juni 2022 mit rund 8,7% am höchsten seit 1975**

### **Treibstoff und Heizöl verteuerten sich erneut**

Wien, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Die Inflationsrate für Juni 2022 beträgt voraussichtlich 8,7%, wie aus Berechnungen von Statistik Austria im Rahmen einer Schnellschätzung hervorgeht. Gegenüber dem Vormonat steigt das Preisniveau voraussichtlich um 1,4%. "Der starke Preisauftrieb des heurigen Jahres hat sich im Juni 2022 weiter beschleunigt und dürfte auf 8,7% geklettert sein. Das zeigt eine erste Schätzung der Statistik Austria. Damit ist die Inflationsrate auf den höchsten Wert seit September 1975 gestiegen. Mittlerweile hat die Teuerung in nahezu allen Bereichen Fahrt aufgenommen. Neben neuerlichen Anstiegen der Treibstoff- und Heizölpreise sehen wir auch in den Restaurants und im Lebensmittelhandel deutliche Preissteigerungen", so Statistik Austria-Generaldirektor **Tobias Thomas**. Detailergebnisse werden am 19. Juli 2022 bekannt gegeben. (Schluss)

## LK Kärnten ruft nach Unwetter zu Futtermittelspenden für Betroffene auf

Spendenplattform online auf [hilfe@lk-kaernten.at](mailto:hilfe@lk-kaernten.at) - Auch Hilfskräfte für Räumung benötigt

Klagenfurt, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Zahlreiche Grünlandflächen und Futtermittelvorräte wurden während der heftigen Unwetter dieser Tage im Bezirk Villach-Land zerstört. Die Landwirtschaftskammer (LK) Kärnten hat unter dem Motto "Kärntner Bauern helfen" eine Plattform eingerichtet, die Futtermittelspenden entgegennimmt und die Verteilung derselben an die Betriebe koordiniert. Auf [hilfe@lk-kaernten.at](mailto:hilfe@lk-kaernten.at) können sich sowohl Betriebe, die Futtermittel spenden, melden als auch jene, die welche benötigen. LK-Präsident **Siegfried Huber**: "Die Ereignisse dieser Woche haben uns alle zutiefst schockiert. Wir möchten seitens der LK Kärnten dazu beitragen, wenigstens einen Teil der Probleme der Betroffenen zu lösen, und dafür sorgen, das Futter für die Tiere der Bäuerinnen und Bauern rasch dorthin zu bringen, wo es dringend gebraucht wird. Ich rufe daher alle Betriebe auf, die Futtermittel zur Verfügung stellen können, aber auch jene, die welche benötigen, sich an die Landwirtschaftskammer Kärnten zu wenden." Hilfskräfte für den Räumeeinsatz werden ebenfalls benötigt.

Zudem steht eine Hotline unter der Tel.-Nr. 0676/83 555-200 für Meldungen zur Verfügung. Um gezielt helfen zu können, werden bei den Meldungen folgende Informationen benötigt: Art der Futtermittel, Mengen, Bio oder konventionell, ob Transportmöglichkeiten vorhanden sind sowie natürlich Name, Adresse und Telefonnummer der Spender beziehungsweise der Bedarf meldenden Personen.

Wer seine Arbeitskraft bei der Räumung der von den Schlammmassen betroffenen Gebäude und Flächen zur Verfügung stellen möchte, soll bitte mit Schaufel "bewaffnet" zum Freiwilligen-Koordinationsstützpunkt der Feuerwehr beim Glock-Reitsportzentrum in Treffen kommen (links neben der Bundesstraße nach Treffen, entsprechende Beschilderung vorhanden). Von dort geht es ausschließlich mit Feuerwehrfahrzeugen an den jeweiligen Einsatzort. Es macht daher laut Villachs Bezirkshauptmann **Bernd Riepan** keinen Sinn, mit landwirtschaftlichem Gerät anzurücken.

Huber: "Ich danke im Namen der LK Kärnten allen, die hier helfen und einen Beweis für den großen Zusammenhalt innerhalb der Bauernschaft und auch der Gesellschaft liefern." (Schluss)

## Internationale sinkende Preise lähmen heimischen Kassamarkt für Getreide

Bei widersprüchlichen Signalen fallen internationale Kurse auf mehrmonatige Tiefs

Wien, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Bei widersprüchlichen Signalen sanken diese Woche die internationalen Kurse und Preise vor allem von Weizen und Mais weiter auf mehrmonatige Tiefstände. Neben den üblichen Fundamentaldaten bestimmen die Stimmung an den Märkten zurzeit vor allem die aktuellen Ereignisse rund um den Ukraine-Krieg und daraus drohende Versorgungsengpässe in importabhängigen Ländern sowie die Angst vor Einbrüchen der Weltwirtschaft. Das sinkende internationale Preisniveau lähmte jüngst auch den heimischen Kassamarkt für Getreide, insbesondere Abschlüsse für die neue Ernte 2022. "Nix ist los" hieß es unisono von Marktteilnehmern

zur physischen Handelstätigkeit in Österreich rund um die Notierungssitzung der Wiener Produktenbörse am Mittwoch dieser Woche.

An der Euronext in Paris gab bis zum Handelsschluss am Donnerstag der September-Kontrakt für Mahlweizen an der Euronext im Wochenabstand auf 350,50 Euro/t nach, jener für den Dezember-Liefertermin auf 344,50 Euro/t. Mais aus alter Ernte 2021 zur Lieferung im August fiel in ähnlichem Ausmaß auf 298,00 Euro/t und solcher neuer Ernte 2022 zum November-Liefertermin auf 296,75 Euro/t. Der Rapsfuture der Ernte 2022 zur Lieferung im August schloss am Donnerstag bei 694,00 Euro/t. Alle drei Futures verloren am Freitag weiter an Wert.

### **Scheu vor Preisrisiko bei Einkäufen aus neuer Ernte**

Das Kursblatt der Wiener Produktenbörse für Brot- und Futtergetreide alter inländischer Ernte blieb diese Woche mit Ausnahme von deutlich billiger als zuletzt Anfang Juni gehandeltem Futtermais leer. Das sinkende internationale Preisniveau ließ auch die Kontrahierung neuerntiger Ware erlahmen - nämlich sowohl die Abgabebereitschaft als auch den Kaufwillen von Verarbeitern. Diese lehnen sich in Erwartung, die Preise könnten ihnen noch weiter entgegenkommen, zurück. Sie scheuen das Risiko "blind drauflos zu kaufen". Denn die Futtergetreidebestände hierzulande entwickelten sich gut, und auch aus der Ukraine verstärkte sich das Angebot über den Landweg in die EU. Bei inländischem Mais komme hinzu, dass man für die Trocknung Preise und Versorgung bei Energie kaum abschätzen könne.

Erste Druschergebnisse von Weizen auf schwachen Standorten mit hohen Proteinwerten und niedrigen Erträgen ließen noch keine Rückschlüsse auf spätere, bessere Standorte zu. Ebenso seien erste Rapsmengen noch nicht repräsentativ. Dennoch veröffentlichten Verarbeiter im Umland Quotierungen für Raps für alle Termine bis Frühjahr 2023 mit entsprechenden Reports, boten aber keine Preise für Sonnenblumen. Sojaschrote verteuerten sich wieder - sowohl inländische als auch Importe. (Schluss) pos

## **EU-Schweinmarkt: Schwaches Angebot und schwache Nachfrage auf gleichem Niveau**

Trotz heuer kleinstem Angebot und geräumtem Markt unveränderte Notierung in Österreich

Wien, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Deutlich unterdurchschnittliche Mengen an Schlachtschweinen und Schweinefleisch werden zurzeit in der EU durch die Wertschöpfungskette bewegt. Hintergrund dieser impulslosen Geschäfte sind das länger bekannte zurückpendelnde Angebot schlachtreifer Schweine, welches hitzebedingt eine zusätzliche Delle bekommen hat, und absatzseitig mehrere Faktoren, die der Branche Sorgen bereiten. Man rätselt, warum die Grillsaison nicht mehr Impulse zeigt. Häufig genannte Gründe dafür sind das hohe Inflationsniveau, welches sich besonders zum Monatsende bemerkbar macht, sowie die beginnende Urlaubszeit, die zum einen Haushaltsgeld verschlingt und zum anderen fleischaffine Kaufkraft aus den Ballungszentren abzieht. Vor diesem Hintergrund wandert Kaufkraft Richtung Süden Europas, was auch in Form anziehender Preise im Mittelmeerraum sichtbar wird. Die Hoffnung deutscher Schweinehalter auf weitere Preiserhöhungen erfüllte sich damit nicht.

In Österreich ist der Schlachtschweinemarkt zur Gänze geräumt, weil das Angebot schlachtreifer Tiere 10 bis 15% unter den Normalwerten liegt. Das inzwischen nur noch knapp über 97 kg liegende durchschnittliche Schlachtgewicht bestätigt die flotte Abholung der Schweine. Gleichzeitig beklagen die Schlachtbetriebe eine für sie unerklärliche Flaute. Die Nachfrage nach Schlachtschweinen rührt primär vom Zwang zur Auslastung der Mitarbeiter an den Schlacht- und Zerlegebändern.

### **Trotz heuer kleinstem Angebot und geräumtem Markt unveränderte Notierung in Österreich**

Neben den bereits aus internationaler Sicht genannten Absatzhemmern wird in Österreich das bei vielen Betrieben in der Fleischbranche zu Ende gehende Wirtschaftsjahr genannt, wo danach getrachtet wird, dass bei der Inventur die Lagerbestände nicht größer als unbedingt notwendig ausfallen. In der Konsequenz musste an der österreichischen Schweinebörse trotz dem im laufenden Jahr niedrigsten Wochenangebot der vehementen Forderung der Abnehmer nach unveränderter Fixierung der Notierung bei 1,97 Euro/kg für Mastschweine (Berechnungsbasis: 1,87 Euro) Rechnung getragen werden, berichtet **Johann Schleder** vom Verband landwirtschaftlicher Veredelungsproduzenten in Oberösterreich. Der Ferkelpreis beträgt in der Kalenderwoche 26 demnach 2,50 Euro/kg und der für Zuchten 1,25 Euro (Berechnungsbasis: 1,15 Euro). (Schluss)

## **SalzburgMilch hebt Erzeuger-Milchpreis fünftes Mal in einem Jahr an**

Im Lebensmittelhandel erzielte Preissteigerungen an 2.400 Lieferanten weitergegeben

Salzburg, 1. Juli 2022 (aiz.info). - SalzburgMilch gibt bekannt, mit 1. Juli 2022 den Erzeugermilchpreis zum fünften Mal innerhalb eines Jahres anzuheben. Konkret setzt das Unternehmen für seine 2.400 Milchbetriebe den Basis-Auszahlungspreis für gentechnikfreie Milch um 4,75 Cent netto auf netto 51 Cent/kg Milch hinauf, das entspricht brutto 57,63 Cent/kg Milch. Bei den verschiedenen Heumilch- und Biomilch-Sorten der SalzburgMilch steigt der Milchpreis nun um jeweils 3,75 Cent netto auf brutto bis zu 76,36 Cent/kg. Nach allen Milchsorten gewichtet liegt die durchschnittliche Molkereileistung der SalzburgMilch damit ab Juli bei 56,69 Cent/kg netto (64,06 Cent brutto).

Begründet wird die Preisanhebung, dass noch nie da gewesene Preissteigerungen in vielen Bereichen der Produktionskette aktuell viele Branchen belasten. Besonders von der hohen Inflation betroffen seien die Milchbauern, da die Kosten für Energie und Betriebsmittel in den letzten Monaten extrem gestiegen sind. Man gebe in Verhandlungen mit dem Lebensmittelhandel erzielte Preiserhöhungen an die Milchlieferanten weiter. Man setze ein bewusstes Zeichen gegenüber den rund 2.400 Milchlieferanten in der Region, die als Genossenschafter gleichzeitig auch zu 100% österreichische Eigentümer der SalzburgMilch seien. (Schluss)

## **AMA zu Verpflichtungen und Fristen bei ÖPUL-Maßnahme "Alpung und Behirtung"**

Almauftriebsliste bis spätestens 15. Juli übermitteln

Wien, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Bei der ÖPUL 2015-Maßnahme "Alpung und Behirtung" müssen Rinder, Schafe, Ziegen oder Pferde auf eine im Almkataster eingetragene Alm aufgetrieben werden. Dabei ist ein Viehbesatz von maximal 2,00 RGVE/ha Almfutterfläche einzuhalten. Für alle Tierkategorien ist bis spätestens 15. Juli (ohne Nachfrist) des Förderjahres die Almauftriebsliste durch die Almbewirtschafterin oder den Almbewirtschafter einzureichen, informiert die Agrarmarkt Austria (AMA).

### **Bestoßung während mindestens 60 Tagen**

An mindestens 60 Tagen muss eine Bestoßung durch die in der Almauftriebsliste angeführten Schafe, Ziegen und Pferde beziehungsweise die in der "Alm-/Weidemeldung Rinder" angeführten Rinder erfolgen. Für die Mindestweidedauer von 60 Tagen werden maximal 14 Tage Weidedauer vor Einreichung der Almauftriebsliste oder der "Alm-/Weidemeldung Rinder" anerkannt, wenn der angegebene Auftriebstermin mehr als 14 Tage vor der jeweiligen Meldung liegt. Das Auftriebsdatum zählt dabei zur Weidedauer dazu, der Abtriebstag wird nicht mehr als Weidetag angerechnet. Die 60-tägige Mindestweidedauer muss nicht durch eine durchgängige Bestoßung einer einzelnen Alm erreicht werden, es können auch Unterbrechungen stattfinden und mehrere Almen nacheinander bestoßen werden. Eine Unterbrechung darf jedoch nicht mehr als zehn Kalendertage betragen und die Unterbrechungszeit zählt nicht zur Weidedauer dazu. Werden Rinder auf mehrere Almen aufgetrieben, so wird die Prämie anteilig nach der Verweildauer auf die jeweilige Alm aufgeteilt.

Vorzeitig abgetriebene Rinder, die die 60-tägige Weidedauer noch nicht erreicht haben, können trotzdem anerkannt werden, wenn sie wieder aufgetrieben werden. Ein Ersatz durch andere Tiere ist nicht möglich. Dabei darf die Unterbrechung der Alpungsdauer nicht mehr als zehn Kalendertage betragen und die Meldung muss binnen der in den Regelungen zur Rinderkennzeichnung festgelegten Frist (14 Tage ab Wiederauftrieb) erfolgen; gleiches gilt für die Meldung von Tierbewegungen von einer Alm auf eine andere Alm. Bei anderen Tieren als Rindern gibt es keine einzeltierbezogene Beantragung, daher muss lediglich die beantragte Stückzahl über die Alpungsdauer eingehalten werden.

### **"Alm/Gemeinschaftsweide-Auftriebsliste" und "Alm-/Weidemeldung Rinder" bis spätestens 15. Juli online beantragen**

Die Almauftriebsliste gilt als Zahlungsantrag für die Maßnahme und ist - ebenso wie die "Alm-/Weidemeldung Rinder" - bis spätestens 15. Juli (ohne Nachfrist) einzureichen. Eine Almauftriebsliste muss auch vorgelegt werden, wenn nur Rinder aufgetrieben werden, in diesem Fall ohne Angabe der Rinder. Rinder sind separat über die "Alm-/Weidemeldung Rinder" zu melden. Hinsichtlich der Gewährung von Prämien können nur solche Rinder anerkannt werden, die der AMA bis 15. Juli des jeweiligen Antragsjahres online gemeldet werden. Diese Online-Meldung kann selbsttätig oder mit der Unterstützung der Landwirtschaftskammer erfolgen. Der Altersstichtag für die Beantragung der Tierkategorien ist der 1. Juli des jeweiligen Jahres.

Rinder sind nur prämienfähig, wenn auch die 14-tägige Meldefrist (Auf- oder Abtrieb) eingehalten wird und eine separate Online-Meldung des tatsächlichen Abtriebsdatums erfolgt. Die Zusatzoption "Behirtung" kann jährlich für die einzelnen Tierkategorien gemäß Almauftriebsliste beantragt werden. Bei der Behirtung besteht keine mehrjährige Verpflichtungsdauer.

### **Meldung Höhere Gewalt**

Fälle Höherer Gewalt bei Rindern sind in der Auftriebsliste über [www.eama.at](http://www.eama.at) zu melden. Die Meldung muss innerhalb von 15 Arbeitstagen (Montag bis Freitag) ab dem Zeitpunkt, ab dem die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter der Alm dazu in der Lage ist, abgesendet werden. Diese Korrekturmeldung kann selbsttätig oder mit der Unterstützung der Landwirtschaftskammer online unter [www.eama.at](http://www.eama.at) getätigt werden. Entsprechende Nachweise sind gleichzeitig mit der Meldung hochzuladen oder ehestmöglich nachzureichen.

Fälle Höherer Gewalt bei Schafen, Ziegen oder Pferden sind mit dem Formular "Schafe/Ziegen/Pferde - Änderungsmeldung RGVE-Bestand Alm/Gemeinschaftsweide-Auftriebsliste 2022", zu finden unter [www.ama.at/Fachliche-Informationen/Almen-Gemeinschaftsweiden/Formulare-Merkblaetter](http://www.ama.at/Fachliche-Informationen/Almen-Gemeinschaftsweiden/Formulare-Merkblaetter), zu melden. Die Meldung muss ebenfalls innerhalb von 15 Arbeitstagen ab dem Zeitpunkt, ab dem die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter der Alm dazu in der Lage ist, hochgeladen werden.

Als Fall Höherer Gewalt können folgende Gründe anerkannt werden: Blitzschlag, Steinschlag, anzeigepflichtige Seuche, Naturkatastrophe, Wildtierriss und Tod des Tieres durch Krankheit oder Unfall (möglichst genaue Beschreibung des Unfallhergangs bzw. der medizinischen Behandlung durch den Tierarzt). Details über die beizulegenden Nachweise können dem Merkblatt "Höhere Gewalt und außergewöhnliche Umstände" unter [www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter](http://www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter) entnommen werden.

Höhere Gewalt kann im Einzelfall auch anerkannt werden, wenn zum Beispiel eine Mure den einzigen Zufahrtsweg verlegt hat und die Alm deswegen nicht bestoßen werden kann, wenn die Mindestweidedauer wegen außergewöhnlicher Witterungsumstände nicht eingehalten werden kann, wenn die Tiere vorzeitig abgetrieben werden müssen, weil die Quelle zum Tränken der Tiere wegen Trockenheit versiegt ist und es keine andere Möglichkeit der Wasserversorgung gibt oder wenn die Tiere wegen eines Wildtierrisses in der Herde präventiv abgetrieben werden.

Weitere detaillierte Informationen zur ÖPUL 2015-Maßnahme "Alpung und Behirtung" und zur Antragstellung sind im gleichnamigen Maßnahmen Erläuterungsblatt unter [www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter](http://www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter) und dem Merkblatt "Almen & Gemeinschaftsweiden" sowie dem Merkblatt "Alm-/Weidemeldung Rinder 2022" unter [www.ama.at/Fachliche-Informationen/Almen-Gemeinschaftsweiden/Formulare-Merkblaetter](http://www.ama.at/Fachliche-Informationen/Almen-Gemeinschaftsweiden/Formulare-Merkblaetter) zu finden. (Schluss)

## Erwin Hameseder einstimmig zum neuen Raiffeisen-Generalanwalt gewählt

Arbeitsschwerpunkt liegt auf wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit

Wien, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Die Generalversammlung des Österreichischen Raiffeisenverbandes (ÖRV) hat gestern, Donnerstagnachmittag, **Erwin Hameseder** einstimmig zum neuen Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes gewählt. Hameseder folgt damit **Walter Rothensteiner** nach, der nach zehn Jahren aus dieser Funktion ausscheidet. Das neue Präsidium setzt sich neben Hameseder aus seinen drei Stellvertretern Volkmar Angermeier, Aufsichtsratsvorsitzender der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, Franz Titschenbacher, Obmann des Raiffeisenverbandes Steiermark, und Reinhard Wolf, Generaldirektor der Raiffeisen Ware Austria, zusammen.

In seiner Antrittsrede vor der Generalversammlung unterstrich der neue Generalanwalt die Bedeutung der Gemeinschaft und des Individuums für Raiffeisen: "Besonders in einer Zeit der Rationalisierung, der Zentralisierung und der Digitalisierung müssen bei Raiffeisen der Mensch und die Gemeinschaft das Maß der Dinge sein und bleiben." Gleichzeitig gab Hameseder das Versprechen ab: "Wir bleiben in den Regionen. Bei uns finden die Menschen noch persönliche Ansprechpartner. Denn ein Engagement für Raiffeisen ist weit mehr als nur Engagent für ein Unternehmen. Es ist das Engagement für die Regionen, in denen wir leben. Für unsere unmittelbare Nachbarschaft." Als Schwerpunkte für die kommende Amtsperiode nannte Hameseder den Bereich Nachhaltigkeit in seiner wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Dimension: "Nachhaltigkeit ist integraler Bestandteil der DNA bei Raiffeisen. Unser Horizont ist dabei weiter als nur die nächste Bilanz", führte Hameseder, der auch weiterhin Obmann der Raiffeisen-Holding und Aufsichtsratsvorsitzender der RLB NÖ-Wien bleiben wird, aus. Hameseder, der sich vehement für die Öffnung von Raiffeisen für junge Menschen und mehr Frauen in genossenschaftlichen Führungspositionen einsetzt, will diesen Weg auch im ÖRV fortsetzen, denn: "Wir brauchen eine Klimaveränderung bei und für Raiffeisen", so der neue Generalanwalt.

### Würdigung von Rothensteiner: Ein Genossenschafter, wie er im Büchl steht

Rothensteiner blickt auf eine fast 48-jährige Karriere bei Raiffeisen zurück: "Raiffeisen ist aus Österreich nicht wegzudenken. Mehr als 2 Mio. Menschen unseres Landes sind Genossenschaftsmitglied einer Raiffeisen-Genossenschaft. Sie alle verbindet die Überzeugung, dass man gemeinsam mehr schafft als allein. Diese Kraft der Basis war mir stets ein Rückhalt in meiner täglichen Arbeit." Hameseder nannte Rothensteiner, mit dem er seit 1987 eng zusammenarbeitet, einen Manager und Banker mit Expertise, Hausverstand und Herz. "Unser langjähriges freundschaftliches Miteinander war und ist geprägt von denselben Werten und von unerschütterlicher Verlässlichkeit. Walter Rothensteiner ist ein Brückenbauer, ein Meister der konsensualen Menschenführung und ein Genossenschafter, wie er im 'Büchl' steht", so Hameseder.

Als Dank für die jahrelange Funktionärstätigkeit im Raiffeisenverband haben Hameseder und die neu gewählten Stellvertreter am Raiffeisentag heute, Freitag, in Salzburg Rothensteiner mit der höchsten Auszeichnung geehrt, die der ÖRV vergeben kann: mit der goldenen Raiffeisennadel mit Diamanten. Die Laudatio hielt der ehemalige Gouverneur der Nationalbank, **Ewald Nowotny**. Er würdigte Rothensteiner mit den Worten: "Meine Erfahrung hat mich gelehrt, dass für den langfristigen Erfolg

als Bankmanager nicht nur technisches Wissen, sondern vor allem Korrektheit und menschliche Größe von Bedeutung sind. Walter Rothensteiner verkörpert dies in geradezu exemplarischer Weise, verbunden mit Liebe zu Kunst und Kultur, der Bereitschaft, sich für wichtige gesellschaftliche Bereiche zu engagieren und der Freude an technischen Neuerungen. Er hat viel erlebt, vieles bewirkt und kann wohl als 'Role Model' eines seriösen und erfolgreichen Bankmanagers gesehen werden.

### **Raiffeisentag: Wandel und Aufbruch**

Nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause fand heuer wieder ein Raiffeisentag in Präsenz statt. Als spezieller Gast wurde Finanzminister Magnus Brunner begrüßt, der sich an alle Delegierten gewendet hat. Digitaler Gast war Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig. Ein Impulsreferat zum Thema "Globale Herausforderungen. Regionale Antworten?" hat Universitätsprofessor Peter Bußjäger gehalten.

Der ÖRV hat sich zum Ziel gesetzt, traditionell männlich geprägte Strukturen bei Raiffeisen zu öffnen, mehr Frauen für Führungsfunktionen zu gewinnen und den Anteil der Funktionärinnen deutlich zu erhöhen. Ziel: 25% bis 2025. Derzeit liegt der Anteil noch bei 18%, gestartet ist die Initiative 2014 bei gerade einmal 8%. Der zweite inhaltliche Schwerpunkt des Raiffeisentages lag auf der Initiative "Raiffeisen next", die das Ziel verfolgt, noch mehr junge Menschen für Funktionärsaufgaben bei Raiffeisen zu begeistern.

Im zweiten Teil des Raiffeisentages holte "Raiffeisen live" aktuelle Projekte und Initiativen aus allen Bundesländern vor den Vorhang, etwa den groß angelegten Schwerpunkt zur Gründung erneuerbarer Energie-Genossenschaften im Burgenland, die Transformation oberösterreichischer Raiffeisenbanken zum regionalen digitalen Ökosystem oder den Getreide-Vermarktungspool der niederösterreichischen Lagerhäuser. (Schluss)

## **Landesagrarreferenten befassten sich mit Paket zur Versorgungssicherheit**

**Totschnig: Sichere Versorgung hat Priorität - Gantner begrüßt unbürokratische Auszahlung**

Braz/Wien, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Die Landesagrarreferenten berieten sich am Freitag bei ihrem diesmal in Braz bei Bludenz angesetzten turnusmäßigen Treffen mit Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** zur aktuellen Lage der heimischen Landwirtschaft. Das von Totschnig geschnürte Paket zur Versorgungssicherung wurde als wichtige Unterstützung für Vorarlbergs Bäuerinnen und Bauern - und damit für die Lebensmittelversorgungssicherheit - betont. Laut Totschnig und dem Vorarlberger Landesrat **Christian Gantner** seien Schwerpunkte der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Auswirkungen auf die globalen Agrarmärkte sowie die Verhandlungen mit der EU-Kommission zum neuen GAP-Strategieplan ab 2023, die zunehmende Gefahr für die Alpwirtschaft durch große Beutegreifer - wie Wolfsrisse- und auch der Beschluss zur österreichischen Umsetzung des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds gewesen.

Totschnig betonte, "dass die Lebensmittelversorgungssicherheit der Österreicherinnen und Österreicher für mich oberste Priorität hat. Das geht nur mit unseren Bäuerinnen und Bauern. Denn

sie sind es, die täglich das Essen auf unsere Teller bringen - auch in Krisenzeiten. Doch die gestiegenen Betriebsmittel- und Futtermittelkosten setzen sie zunehmend unter Druck." Daher habe er das Versorgungssicherungspaket mit 110 Mio. Euro geschnürt. "Rund 2,2 Mio. Euro davon werden zur Unterstützung an Vorarlbergs bäuerliche Betriebe gehen, damit sie weiter produzieren und die Menschen mit regionalen Lebensmitteln versorgen können."

Gantner begrüßte, dass das Paket sehr unbürokratisch an die heimischen Bäuerinnen und Bauern ausgezahlt werde. "Das hilft, die enorm steigenden Kosten bei Energie und Futtermitteln etwas abzufedern und damit die hoch wertvolle Produktion von regionalen Lebensmitteln abzusichern. (Schluss)

## **Wolfsproblematik: Herdenschutz verändert Freizeit- und Tourismuswirtschaft**

Auch Versorgungssicherheit durch Rückkehr der Raubtiere gefährdet

Wien, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Im Rahmen eines Hearings zur Wolfsproblematik im Petitionsausschuss verdeutlichte Experte **Gregor Grill** von der Landwirtschaftskammer (LK) Salzburg, dass ein flächendeckender Herdenschutz bedeutende Nachteile für die Freizeit- und Tourismuswirtschaft mit sich bringen würde. "Wanderwege werden nicht mehr gepflegt oder müssten gesperrt werden, da dort Wölfe unterwegs sind. Ein ungelöstes Problem ist auch die Haftungsfrage. Wer haftet für Übergriffe von Herdenschutzhunden auf Wanderer? Außerdem ist es laut Tierschutzgesetz in Österreich nicht erlaubt, Herdenschutzhunde im Freien zu halten." Für den Bauernbund-Abgeordneten **Hermann Gahr** ist klar, dass es nicht so weit kommen darf: "Wenn Wanderwege oder Skipisten gesperrt werden, nur weil Wölfe dort unterwegs sind, dann können wir als Tourismusland Tirol zusperren. Es ist auch klar der Tourismus und die Freizeitwirtschaft gefragt, hier deutlich Flagge zu zeigen."

### **Rückkehr der Wölfe gefährdet Versorgungssicherheit**

Die Rückkehr der Wölfe habe auch Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln. "Das wird leider immer komplett vergessen. Wenn ein Bauer nach dem anderen seine Hoftür für immer schließt, gibt es auch keine Lebensmittel mehr oder zumindest nicht in der Qualität, wie wir sie jetzt gewohnt sind. Die Almwirtschaft ist die höchste Form des Tierwohls, ist diese Haltungsform in Zukunft nicht mehr möglich, ist die Konsequenz Stallhaltung und Massentierhaltung. Das muss allen bewusst sein", mahnte Bauernbund-Abgeordneter und LK-Tirol Präsident **Josef Hechenberger** im Ausschuss. (Schluss)

## LFI NÖ: Bäuerinnen und Bauern setzen auf Weiterbildung

### Abschlussurkunden für 208 Absolventen von Zertifikatslehrgängen

St. Pölten, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Wissen und Lernen sind zentraler Erfolgsfaktor für eine positive Zukunft der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Das zeigen die Absolventenzahlen des Ländlichen Fortbildungsinstituts Niederösterreich (LFI NÖ) deutlich. So haben 335 Personen im Jahr 2021 Zertifikatslehrgänge, die Premiumprodukte des LFI NÖ, absolviert. Neben diesen Lehrgängen wurden insgesamt 2.150 Bildungsveranstaltungen mit rund 56.000 Teilnehmern durchgeführt.

Im Rahmen einer Festveranstaltung im Haus der Musik in Grafenwörth am Mittwoch, 29. Juni, erhielten 208 Absolventinnen und Absolventen der LFI-Zertifikatslehrgänge ihre Abschlussurkunden. "Eine fundierte Aus- und die ständige Weiterbildung sind einer der Eckpfeiler für persönlichen wie auch betrieblichen Erfolg. Den Erfordernissen der Zeit angepasst leistet das LFI NÖ in diesem Bereich wichtige Arbeit für den ländlichen Raum. Unsere Bäuerinnen und Bauern können sich auf ein breites Bildungs- und kompetentes Beratungsprogramm verlassen und nutzen dieses auch eifrig, um ihre Qualifikation und Kompetenz immer weiter zu vertiefen und auch, um stets am Puls der Zeit zu sein. Denn eines ist gewiss: Je besser man auf seine Aufgaben und möglichen Herausforderungen vorbereitet ist, umso mehr werden sie zu Chancen, die man dann noch besser zu nutzen weiß", erklärt Landwirtschaftskammer NÖ-Vizepräsidentin **Andrea Wagner**.

"Die steigenden Absolventenzahlen zeigen einerseits, dass unsere Land- und Forstwirte die laufende Weiterbildung sehr ernst nehmen. Andererseits bestätigen sie unseren Weg hinsichtlich der angebotenen Lehrgänge, Arbeitskreise und weiteren Fachkurse. Sie sind ein hervorragendes Rüstzeug für die Anforderungen der heutigen Landwirtschaft", zeigt sich **Andreas Ehrenbrandtner**, Obmann des LFI NÖ, begeistert über die immer größere Beliebtheit des LFI-Angebotes. Das Bildungsangebot wird zudem laufend ausgebaut. Dazu zählt unter anderem ein immer umfangreicheres Angebot an E-Learning-Kursen. So wurde die Zahl der Webinare, Farminare und Onlinekurse erheblich angehoben. Schließlich ist digitales Lernen aus der heutigen Zeit nicht mehr wegzudenken und hat vor allem in den vergangenen Monaten an Bedeutung gewonnen.

### LFI-Zertifikatslehrgänge bieten Qualität und Vielfalt

LFI-Zertifikatslehrgänge sind bundesweit geregelte, qualitativ anspruchsvolle Bildungsmaßnahmen in der Erwachsenenbildung. Zielgruppe sind Bäuerinnen und Bauern, die in einem bestimmten Betriebszweig - wie zum Beispiel Direktvermarktung, Bio-Weinbau oder Green Care - Kenntnisse erwerben oder vertiefen wollen. Es besuchen aber auch andere an Natur- und Umweltthemen interessierte Personen Lehrgänge, wie beispielsweise zum Thema Kräuterpädagogik, Obstbau oder Gartenbau. Je nach Lehrgang beträgt die Dauer zwischen 80 und 160 Stunden. Nach erfolgreich abgelegter Abschlussarbeit inklusive Prüfung und einer Mindestanwesenheit von 80% erhalten die Teilnehmer das Zertifikat. Die Drop-Out-Rate bei LFI-Kursen ist im Übrigen sehr niedrig. Etwa 95% der Teilnehmer, die einen Zertifikatslehrgang beginnen, schließen diesen auch ab. Das bestätigt, dass das Angebot den Erwartungen der Kursbesucher absolut entspricht. Es werden auch laufend weitere Lehrgänge entwickelt, die auf die Ansprüche der Bevölkerung im ländlichen Raum abgestimmt sind.

Das Bildungsprogramm für die Kurssaison 2022/23 steht ab Anfang Oktober unter [noe.lfi.at](http://noe.lfi.at) zur Verfügung. (Schluss)

## Windisch betont bei LK Wien-Vollversammlung regionale Lebensmittelversorgung

### Lob für Hilfspakte der Regierung - Erfolge bei neuer GAP und bei Saisoniers

Wien, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine habe "unsere Welt auf den Kopf gestellt", so Landwirtschaftskammer (LK) Wien-Präsident **Franz Windisch** bei der LK-Vollversammlung: "Dieser Krieg bringt nicht nur unsägliches Leid über die Ukraine, er hat aufgrund der hohen Abhängigkeit des Westens vom rohstoffreichen Russland die Energie- und Düngemittelpreise in astronomische Höhen steigen lassen und wirkt auch als wahrer Brandbeschleuniger für die Inflation. Krieg und Corona haben auf der anderen Seite der Bevölkerung klargemacht, wie wichtig und notwendig eine sichere regionale Versorgung mit qualitätvollen Lebensmitteln ist." Selbst Krisenvorsorge und Bevorratung von Lebensmitteln seien wieder Thema, wobei hier die Politik gefordert sei, sagte Windisch.

Windisch ortete in der Politik der EU-Kommission angesichts der drohenden Hungerprobleme einen "spürbaren Widerspruch". Einerseits solle die Agrar- und Ernährungswirtschaft auf die Mengensicherung achten und genügend Lebensmittel zur Verfügung stellen, damit auch die Inflation nicht noch weiter angeheizt werde, andererseits würden die im Green Deal geplanten rigiden Einschränkungen beim Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln zu einem zweistelligen Minderertrag führen und die EU von Lebensmittelimporten noch weiter abhängig machen. "Da ist es nur recht und billig, dass nun die Folgen dieser Planungen noch einmal wissenschaftlich untersucht werden sollen."

### Lob für Hilfspakete der Regierung - Erfolge bei neuer GAP und bei Saisoniers

Lob gab es für die Bundesregierung und das Anti-Teuerungspaket von 28 Mrd. Euro, das 110 Mio. Euro starke Versorgungssicherungspaket für die Landwirtschaft und das 9 Mio. Euro-Hilfspaket speziell für den Geschützten Anbau. "40% aller geschützten Anbauflächen befinden sich in Wien. Das war nicht zuletzt ein wesentlicher Grund dafür, dass sich hier die Landwirtschaftskammer besonders intensiv engagiert hat und, wie man jetzt sieht, auch Erfolg hatte." Weiter führte er in seinem Bericht Verhandlungserfolge der Interessenvertretung unter anderem im Rahmen der neuen EU-Agrarpolitik an. So konnten in der Ländlichen Entwicklung die für die Wiener Betriebe bedeutenden Maßnahmen Nützlingleinsatz beziehungsweise Humusaufbau und Erosionsschutz erhalten und auch bei der neuen Saisonierregelung Verbesserungen erzielt werden.

### Bio-Aktionsprogramm: Balance zwischen Angebot und Nachfrage

Als erfreulich bezeichnete der LK-Präsident das neue Wiener Bio-Aktionsprogramm 2022+, das nahtlos an das vorige Programm anknüpfte. Das neue Programm gilt bis Ende 2027. Damit sollen auch die Biodiversität, der Klimaschutz und die Klimaanpassung positiv beeinflusst werden. "Wir müssen jedoch sehr auf die Balance zwischen Angebot und Nachfrage achten. Das Bio-Angebot muss auch einen entsprechenden Absatz finden, um nicht die Einkommen der Bio-Produzentinnen und -Produzenten zu gefährden. Billigpreise wegen eines Überangebots sind das Letzte, was unsere Betriebe jetzt brauchen können. Schließlich muss es für den preisbewussten Konsumenten auch ein entsprechendes Angebot aus der konventionellen Produktion geben", so Windisch. (Schluss)

## Hagelversicherung: Wir müssen uns vom alten Denken verabschieden

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler zu Gast bei elftem Nachhaltigkeitsfrühstück

Wien, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Österreich soll bis 2040 klimaneutral sein. Und bis 2030 soll der Bodenverbrauch von aktuell 11,5 ha pro Tag auf 2,5 ha pro Tag reduziert werden. "Wir müssen umdenken. Unbegrenztes Wirtschaftswachstum mit dem Ziel der Gewinnmaximierung zulasten der Natur ist heute nicht mehr zeitgemäß. Das ist altes Denken. Das ist Denken ohne Hausverstand. In Zeiten von Umweltkrisen wird dieses Denken von jungen Menschen zu Recht zunehmend kritisiert. Nur, sie werden leider viel zu wenig gehört, viel zu stark sind die anderen Kräfte. Eines ist klar: Weitermachen wie bisher ist keine Option", so der Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Hagelversicherung, **Kurt Weinberger**, beim elften Nachhaltigkeitsfrühstück, an dem Klimaschutzministerin **Leonore Gewessler** teilnahm und sagte: "Das Thema Klimaschutz zieht sich praktisch durch alle Lebensbereiche. Ob wir die Wende schaffen, hängt also nicht zuletzt davon ab, wie gut wir darin sind, an einem Strang zu ziehen."

Weinberger vor rund 150 Meinungsbildnern und Entscheidern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur weiter: "Den Wohlstand einer Gesellschaft allein an einer einzigen Kennzahl - wie dem Bruttoinlandsprodukt - zu bemessen, ist fatal. Das heißt, wir müssen Wirtschaft neu denken. Wir müssen in die jährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auch die Kennzahl Naturkapital aufnehmen. Zum Beispiel: Wie viel Boden haben wir wieder durch Verbauung für immer zerstört? Wie viel umweltschädigende fossile Energie haben wir wieder verbrannt?"

Gewessler: "In Zeiten wie diesen sind wir mehr denn je gefordert, unsere Energie selbst zu erzeugen. Dazu gehört Energie aus Sonne, aus Wasser, aus Wind und Biomasse. Jedes Windrad, das wir aufstellen, jede Gastherme, die wir tauschen, ist ein Schritt in Richtung Unabhängigkeit. Das heißt: Wir alle müssen umdenken, wenn es darum geht, wie wir künftig unsere Wohnungen heizen und wie der Strom erzeugt wird, der aus unseren Steckdosen kommt. Wir müssen raus aus den fossilen Rohstoffen und rein in die erneuerbaren Energien. Und das so schnell wie möglich. Wenn wir schon beim Umsteigen sind: Auch in der Frage, wie wir uns künftig fortbewegen, braucht es einen Wandel. Hier geht es darum: Wollen wir weiterhin mit Verbrennungsmotoren die Luft verschmutzen und mit immer noch mehr Straßen den Menschen den Platz zum Leben nehmen? Oder steigen wir auf öffentliche Verkehrsmittel um, die uns entspannt und sicher an unser Ziel bringen - und dabei das Klima, die Geldbörse und den Bodenverbrauch schonen?"

### **Weinberger: Der Klimawandel braucht einen Wandel**

Weinberger unterstrich: „Wir sind beim Klimaschutz schon ein Stück weitergekommen - Stichwort Klimaticket. Wir brauchen auch keine neuen Straßen, haben wir doch schon eines der dichtesten Straßennetze in Europa. Es braucht aber noch weiterhin den Mut, Wirtschaft neu zu denken. Es ist aber nicht nur die gesamte Politik gefordert, sondern auch jedes einzelne Unternehmen - wie übrigens auch jeder von uns in unserem persönlichen Mobilitäts- und Konsumverhalten. Eines ist klar: Wer die Klimaarbeit aufschiebt, lebt jedenfalls auf Kosten von morgen. Die Probleme, vor denen wir noch stehen, sind drängend und existenziell. Bei allen Interessen, welche die Menschheit heute verfolgt, dürfen wir eines für unsere Zukunft und vor allem für die Zukunft unserer Kinder und

Kindeskinder nicht vergessen: Die Erde ist uns nur geliehen. Wir haben die verantwortungsvolle Aufgabe, sie an unsere Kinder und Enkelkinder in einem ordentlichen Zustand weiterzugeben."  
(Schluss)

## **Bauernbund Oberösterreich fordert Abgeltung hoher Produktionsstandards**

Verbraucher tendieren zu billigeren Lebensmitteln - Erzeugt wird das, was gekauft wird

Linz, 1. Juli 2022 (aiz.info). - Der Bauernbund Oberösterreich fordert, dass hohe Standards in der österreichischen Landwirtschaft auch abgegolten werden müssen. Bäuerliche Familienbetriebe seien besonders durch die stark gestiegenen Energie- und Betriebsmittelpreise belastet. Gleichzeitig werde der Ruf aus Handel, NGOs und Politik nach höheren Tierhaltungs- und Produktionsstandards - bei gleichbleibendem landwirtschaftlichen Einkommen - immer lauter. Aufgrund steigender Lebenshaltungskosten ändere sich jedoch aktuell das Konsumverhalten der Österreicher in Richtung preiswerter Lebensmittel. Das führe immer mehr Betriebe in finanzielle Bedrängnis, zwingt sie zur Schließung und gefährde langfristig die Ernährungssicherheit.

"Erzeugt wird das, was gekauft wird" gelte auch für die landwirtschaftlichen Betriebe. Forderungen nach immer höheren Tierhaltungs-, Umwelt- und generell Produktionsstandards stünden jedoch zusehends im Widerspruch zum Einkaufsverhalten. Laut Agrarmarkt Austria (AMA) gaben in einer Umfrage fast 42% der Befragten an, dass sie aktuell bei Produkten des täglichen Bedarfs "viel stärker" auf den Preis und Aktionen achten und knapp 48% "etwas stärker". Nur für etwa 10% hat die Inflation keinen Einfluss auf ihr Einkaufsverhalten. Die Realität zeige, dass Konsumenten vermehrt zu "Billigprodukten" greifen. Diese stammten häufig aus dem Ausland. Lediglich Bekenntnisse zu österreichischen Lebensmitteln, welche unter höheren Auflagen hergestellt würden, seien zu wenig.

### **Nicht nur Bekenntnisse, auch Absatz höherwertiger Produkte notwendig**

Somit blieben nicht nur die Bauern, sondern auch der Handel zusehends auf höherpreisigen Lebensmitteln, wie Freilandeiern, Bio-Fleisch etc., sitzen. Der Vorteil des Handels sei allerdings, dass er rasch auf veränderte Bedingungen reagieren könne, indem er weniger Nahrungsmittel mit höheren Standards einkauft oder diese teilweise sogar auslistet. Die heimische Agrarpolitik und der Bauernbund versuchten durch gezielte Förderungen in Tierwohlprogramme und Übergangszeiträume für Stallumbauten die Betriebe zu unterstützen. "Wichtig ist aber, dass es für Lebensmittel aus besonders tierfreundlicher Haltung auch einen Absatz gibt. Forderungen alleine reichen nicht. Am Ende des Tages müssen das Fleisch oder die Milch aus dem Tierwohlstall auch gekauft werden", so Bauernbund-Obfrau **Michaela Langer-Weninger**. Sie kritisiert auch, dass die Landwirtschaft vorige Woche nicht in den Tierwohlgipfel beim für Tierschutz zuständigen Bundesminister Johannes Rauch eingebunden gewesen sei. Österreichs Landwirtschaft gelte bei Tierwohl und Lebensmittelstandards als Vorreiter. Die Tierschutzorganisation World Animal Protection habe sie im Ranking von 50 Staaten weltweit auf Platz eins eingestuft.

Zusätzlich zum Konsum würden aber auch die Ansprüche an die Qualitätsstandards sinken. Der Absatz bei einigen heimischen Lebensmitteln schwinde. Neue Tierwohl-Ziele schienen damit in weite

Ferne zu rücken. "Ich appelliere deshalb an die Konsumenten, österreichische Qualität zu kaufen und der 'Geiz ist geil'-Mentalität eine Absage zu erteilen, um so das Fortbestehen der bäuerlichen Landwirtschaft in Österreich zu ermöglichen. Dadurch ist auch langfristig die Versorgungssicherheit Österreichs gesichert. Es muss daher alles unternommen werden, damit möglichst viele Familienbetriebe in der Produktion gehalten werden", so Bauernbund-Direktor **Wolfgang Wallner**.

### **Verunsicherung durch Pläne der EU-Kommission - Bauern werden aber benötigt**

Auch der Green Deal beziehungsweise die Farm to Fork-Strategie der EU-Kommission gefährdeten in ihrer jetzigen Form die europäische Landwirtschaft und die Ernährungssouveränität. Die im Green Deal enthaltenen hohen Auflagen führten zur Produktionsverlagerung in EU-Drittstaaten und zum Import von Lebensmitteln mit meist deutlich geringeren Auflagen. Laut einer Machbarkeitsstudie der EU-Kommission habe die Farm to Fork-Strategie einen Produktionsrückgang von 15% zur Folge. "Die laufende Kritik an der landwirtschaftlichen Arbeitsweise und die schwelende Unsicherheit hinsichtlich der Produktionsvorgaben führen bei vielen Bauern zu Existenzängsten und dem Gefühl mangelnder Wertschätzung gegenüber ihrem Berufsstand. Das ist aber nicht zielführend. Wir brauchen unsere Bäuerinnen und Bauern. Sie sichern die Grundversorgung mit Lebensmitteln. Oder salopp ausgedrückt: Sie bringen das Essen auf den Tisch", so Langer-Weninger. (Schluss)